Sind die Parteien frauenfeindlich?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **32 (1976)**

Heft 5-6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845634

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Auch von einzelnen Frauen ist ein beachtlicher Anteil an Fremdstimmen erzielt worden. Martha Ribi verdankt sogar ihren Platz an der Spitze der Gewählten ihrer Parteiliste diesen fremden Stimmen; Regierungsrat Hans Künzi, der auf der Wahlliste den ersten Platz eingenommen hatte, erhielt mehr parteieigene Stimmen.

Wahlarithmetik um Frauen

Arithmetik mit den Ergebnissen der Nationalratswahlen wurde nicht nur im Kanton Zürich betrieben. Christine Gafner (Adresse: Postfach 134, 3111 Münsingen) hat eine umfassende Wahlanalyse über die als Kandidatinnen beteiligt gewesenen Frauen in der ganzen Schweiz ausgearbeitet. Die Analyse kann gegen Einsendung von 4 Franken in Briefmarken angefordert werden.

Die Zusammenstellung beginnt mit einem Verzeichnis der gewählten Nationalrätinnen. Daraus ergibt sich, dass von diesen 15 Frauen nicht weniger als 8 an der Spitze der Gewählten ihrer Partei stehen. Es folgen — nach Kantonen und Parteien geordnet — alle nicht gewählten Kandidatinnen unter Angabe ihrer Ersatzränge sowie Vergleiche zwischen den beiden Wahlgängen von 1971 und 1975.

In ihren Schlussfolgerungen hält die Autorin fest, dass die Regierungsparteien — ohne SVP — gleichmässig durch Frauen vertreten sind, dass dagegen die Kandidatinnen von kleineren Parteien keine Chance hatten. Gleichmässig vertreten sind auch die Jahrgänge zwischen 1912 und 1943, unter den Berufen überwiegen die Akademikerinnen stark. Von den 11 Frauen, die 1971 und 1975 kandidiert haben, verbesserten 6 ihre Ränge, 5 blieben gleich und keine kam auf einen schlechteren Platz. 8 dieser 11 Frauen verbesserten ihre Stimmenzahl, 2 kamen auf ein schlechteres Ergebnis. Drei der 11 Frauen, die an beiden Wahlgängen teilnahmen, wurden 1975 nicht mehr wiedergewählt, 2 davon wegen Sitzverlust ihrer Partei. Aus den Kantonen mit mindestens 12 Sitzen in der Grossen Kammer haben nur noch zwei — Aargau und Bern — keine Nationalrätin.

Bei den Frauen in den Ersatzrängen zeigt sich, dass jene aus den Linksaussen-Parteien am besten, jene aus den Rechtsaussen-Parteien am schlechtesten abgeschnitten haben. «Dies ist aber unerheblich», fügt die Autorin bei, «da die betreffenden Parteien meist weit weg von einem Sitz sind.» In den grossen Parteien ist keine Tendenz ersichtlich, indem die Frauen in allen Rängen ziemlich gleichmässig vertreten sind. Das Alter der Kandidatinnen schien keine Rolle zu spielen; Frauen mit akademischen Berufen kamen besser weg als andere, am ungünstigsten hat sich die Berufsbezeichnung «Hausfrau» ausgewirkt.

Und schliesslich noch ein Hinweis auf die verschiedenen Landesteile: Am besten schnitten die Frauen in der Welschschweiz, am schlechtesten die Tessinerinnen ab.

Sind die Parteien frauenfeindlich?

Diesen Titel trägt eine dünne Broschüre, in welcher ein Stimmbürger von Reinach BL das Ergebnis der Einwohnerratswahl in seiner Gemeinde genau unter die Lupe nimmt. Und der Befund zeigt: eine klare Antwort fällt nicht leicht!

So scheinen beispielsweise alle sechs Reinacher Parteien bei der Nominierung der Kandidaten frauenfeindlich gehandelt zu haben, indem sie viel weniger Frauen als Männer auf ihre Listen nahmen. Aber: liegt das vielleicht nicht auch an den Frauen und ihrer Scheu vor der Mitarbeit in den politischen Parteien?

Gesamthaft haben die Frauen in der Wahl nicht schlechter abgeschnitten als die männlichen Kandidaten. Der Verfasser kann aber auf wesentliche Unterschiede zwischen den Parteien hinweisen. Er gibt sich indessen nicht damit zufrieden, die Parteizugehörigkeit der siegreichen Kandidatinnen festzustellen, sondern vergleicht einmal die Stimmenzahlen von Frauen und Männern, die jeweils auf der gleichen Liste kandidiert haben, er berücksichtigt die ungleichen Wahlchancen der Bisherigen und der Neukandidierenden und untersucht das Verhältnis der Fremdstimmen zu den Parteistimmen. Dabei kommt er zu höchst überraschenden Resultaten; eine auf den ersten Blick frauenfreundliche Partei wird auf einmal eher frauenfeindlich; indem die Kandidatinnen viel mehr Fremdstimmen erhielten als die Männer, während das Parteivolk den männlichen Kandidaten den Vorzug gab.

Die Untersuchung gilt nur für Reinach. Um allgemeingültige Ergebnisse zu erhalten, müsste die Erhebung ausgedehnt werden, eine Arbeit, die der Verfasser allein nicht zu bewältigen vermag. Er richtet deshalb an Baselbieter Männer und Frauen die Bitte, ihm dabei zu helfen und sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Unter Umständen wäre der Verfasser auch bereit, die von ihm erarbeiteten Auswertungen in vollem Umfang einer überparteilichen Organisation oder Institution zur Verfügung zu stellen. Er hofft auf jeden Fall, seine Arbeit möge auf breiter Ebene als Anregung wirken.

Der Verfasser ist der Ansicht, das Problem der Frau in der Politik müsse ernst genommen werden, besonders in der Gemeindepolitik; den meisten Frauen liege die Schaffung und Erhaltung einer wohnlichen und liebenswerten Gemeinde nicht nur wirklich am Herzen, sie seien auch oft besser in der Lage als die Männer, die Gemeindeangelegenheiten zu überblicken und zu beurteilen.

«Zuerst die Diagnose, dann die Therapie. Diagnose aber heisst hier: Schlüsse ziehen aus gesicherten Fakten. Also: zuerst gesicherte Fakten erarbeiten! Das ist mühsam, aber nötig.» Mit diesen Worten beschliesst der Verfasser seine Untersuchung. Er freut sich auf Zuschriften von Leuten, welche die Arbeit weiterführen und verallgemeinern wollen. Adresse: Dr. Ulrich J. Gugerli, Im Pfeiffen Garten 60, 4153 Reinach BL.

Politische Abstinenz in der Demokratie

In einem ihrer Wochenberichte geht die Bank Julius Bär & Co. AG den Gründen für die sich immer deutlicher abzeichnende politische Abstinenz der Bürger nach. Der Verfasser kommt darin unter anderen zu folgenden Schlüssen:

«Jene Bürger, die sich aus eigener Initiative informieren und sich vor allem der staatsbürgerlichen Pflichtlektüre der behördlichen Botschaften, von Leitartikeln und der Dokumentation der politischen Parteien unterziehen, werden immer eine kleine Minderheit bleiben. Ihre Stimme wiegt beim Urnengang nicht mehr als die